

Internationale ökumenische Kampagne für ein starkes Abkommen gegen Waffenhandel – der meist von Nord nach Süd verläuft

02.04.12



Nach monatelangen Kämpfen in Misrata, Libyen, ist die Stadt von Waffen und Munition übersät.

© ACT Alliance/Paul Jeffrey

Autor: Jonathan Frerichs (*)

Ab Juli 2012 wird es möglicherweise schwieriger, international Waffen zu kaufen und zu verkaufen, um damit Gewalttaten und schwere Verbrechen zu begehen... Vorausgesetzt die Regierungen, die sich bereits über die Notwendigkeit einer Kontrolle des Waffenhandels einig sind, verständigen sich auf ein Abkommen, das diese Aufgabe erfüllt und alle konventionellen Waffen abdeckt.

Diplomaten aus fast 200 Ländern werden sich im Juli 2012 bei den Vereinten Nationen in New York treffen, um über das vorgeschlagene Abkommen über die Kontrolle des Waffenhandels, das so genannte ATT (*Arms Trade Treaty*), zu verhandeln.

Die Herausforderung besteht darin, den Waffenhandel für Militärs, Polizei und andere Interessensgruppen, die die Waffen wahrscheinlich legal und verantwortungsvoll benutzen, weiterhin zu ermöglichen, alle anderen aber davon auszuschließen. Waffenhersteller und Waffennarren einerseits sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Kirchen andererseits versuchen natürlich, die Verhandlungen zu beeinflussen.

Entscheidend für die Kirchen sind dabei die Auswirkungen des Waffenhandels auf die Menschen. Eine vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) angeführte Kampagne setzt sich dafür ein, dass die durch die aktuellen Waffenhandelspraktiken gefährdeten Menschen und Gemeinschaften durch das neue Abkommen besser geschützt werden. Kirchen aus mehr als 30 Ländern wirken mit. Einige der Teilnehmer stammen aus Ländern, die vom Waffenhandel profitieren, andere aus Ländern, die unter ihm leiden.

Vertreter der Kampagne haben sich bereits mit 20 Regierungen in Afrika, Asien, Europa sowie Nord- und Südamerika zusammengesetzt, um Aktionen für ein starkes und wirkungsvolles Abkommen in die Wege zu leiten.

Millionen Leben werden jedes Jahr durch Waffengewalt zerrüttet oder zerstört, und „unzureichend kontrollierte Exporte, Importe und Transfers von Waffen tragen ihren Teil dazu bei“ stellt eine kürzlich vom ÖRK veröffentlichte Strategieerklärung im Rahmen der Kampagne fest.

In dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, dass sich 153 Regierungen darauf geeinigt haben „die höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Standards“ für den Handel mit konventionellen Waffen durchzusetzen. Darüber hinaus wird gefordert, dass das Abkommen auch den Waffenhandel mit Regierungen stoppt, die „eine Bedrohung für ihr eigenes Volk oder für andere Staaten darstellen“. Waffenlieferungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den Weg zu bewaffneten Gruppen, in die organisierte Kriminalität oder zu Schmugglern finden, sollten blockiert werden.

Verbot von Waffenverkäufen

Die ökumenische Erklärung besagt, dass das Abkommen den Verkauf von Waffen verbieten muss, wenn ein „deutliches Risiko“ dafür besteht, dass dadurch internationale Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht wesentlich verletzt werden, dass geschlechtsspezifische Gewalt ausgeübt oder Entwicklungsarbeit erheblich behindert wird. Diesen Positionen schließen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen in einer Koalition mit dem Namen [Control Arms](#) an.

Die vom ÖRK geleitete Kampagne überwindet auch die Nord-Süd-Teilung, die den Waffenhandel prägt. Kirchen aus waffenproduzierenden Ländern wie den USA, Schweden oder Norwegen arbeiten zusammen mit Kirchen aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Uganda und Sierra Leone, in denen der Waffenimport die Konflikte verschärft und die Gewalt verstärkt. Die Kirchen setzen sich für eine strengere Kontrolle auf beiden Seiten ein. Waffenverkäufer, Mittelsmänner und Käufer müssen gemeinsam zur Einhaltung höherer und strengerer Standards entlang der Nachschubwege, die üblicherweise von Norden nach Süden verlaufen, verpflichtet werden. Nur so kann es gelingen, Leben und Gemeinschaften zu schonen.

Über 100 Führer von Religionsgemeinschaften – Christen, Muslime, Juden und andere – haben eine interreligiöse Erklärung unterzeichnet, die sich an diejenigen Regierungen richtet, die ein Abkommen über die Kontrolle des Waffenhandels unterstützen.

Die ökumenische Kampagne wurde im Oktober 2011 durch Mitglieder der [Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation](#) offiziell ins Leben gerufen, nachdem das Zentralkomitee des ÖRK bereits einige Monate zuvor seine Unterstützung bekundet hatte.

() Jonathan Frerichs, Programmleiter des ÖRK für Friedensförderung und Abrüstung. Er ist Mitglied der Evangelical Lutheran Church in Amerika.*

[Quelle: <http://www.oikoumene.org/en/news/news-management/eng/a/article/1634/churches-campaign-for-tre.html>]

[Dt. Übersetzung im Auftrag von „Brot für die Welt“]